

Schluss mit der Lotteriedidaktik

Finanzwissen wird Schülern nur vereinzelt und über viele Fächer verstreut vermittelt. Politiker rufen deshalb nach einem Unterrichtsfach Geld oder Verbraucherbildung. Doch auch das greift zu kurz: Wirtschaftsfragen müssen im gesellschaftlichen Kontext vermittelt werden, schreibt Professor *Hans Kaminski* im Gastbeitrag.

VON HANS KAMINSKI

Zahlreiche Studien zeugen von einem eher überschaubaren Finanzwissen der Deutschen. Es gibt deshalb eine öffentliche Forderung, dieses Finanzwissen im Rahmen von Verbraucherbildung zu fördern. Auch die Kultusministerkonferenz (KMK) empfiehlt in einem Beschluss von 2013, diesen Bereich zu stärken. Hausfrauenverbände und Verbraucherorganisationen streiten auf allen verbandspolitischen Ebenen für solch ein Fach, in dem allerdings nur ein wirtschaftlicher Teilaspekt unseres Lebens im Mittelpunkt steht – unsere Rolle als Verbraucher im Wirtschaftsgeschehen.

Natürlich sollten Schüler Kompetenzen im Umgang mit Geld erwerben, weil diese zur Bewältigung von Leben und Alltag nötig sind. Aber: Die Verbraucherbildung kann unterrichtlich nicht für sich allein stehen oder zu einem Fach „Geld“ werden. Sie kann konzeptionell nur Teil der ökonomischen Bildung mit einem Fach Wirtschaft sein, das grundlegende allgemeine Kompetenzen zu den Strukturen und Prozessen in Wirtschaft und Gesellschaft vermittelt.

Das allgemeinbildende Schulsystem kann zudem nicht jede gerade virulente inhaltliche Herausforderung mit einem eigenen Schulfach beantworten. Die beliebte Postulierung solcher durchaus wichtiger Aufgaben für die Schule, ohne darüber nachzudenken, wie sie die Schüler erreichen, ist fahrlässig und wird nach allen Erfahrungen nichts bewirken. Die erwähnte KMK-Empfehlung ist eher ein Konglomerat an inhaltlichen Spiegelstrichen, das den Eindruck erweckt, dass öffentliche Forderungen irgendwie addiert wurden. Das heißt, die Anknüpfung an bestehende Lehrpläne fehlt.

In solch einer Situation gilt es immer wieder, sich die folgenden vier Fragen zu stellen:

- Warum soll ein Inhaltsbereich zur Allgemeinbildung für jeden Schüler gehören? Wie lässt sich der Inhalt begründen?
- Welche Ziele, Inhalte und unterschiedlichen Methodenkonzepte sollen dann angestrebt werden?
- Wie viel unterrichtliche Zeit gewährt die Bildungspolitik den Schulen, um diese Aufgabe seriös zu erfüllen?
- Wie sollen Lehrkräfte für diese neue Aufgabe ausgebildet beziehungsweise fort- und weitergebildet werden?



Johannes Bichmann

DER AUTOR

Hans Kaminski ist Direktor des Instituts für Ökonomische Bildung, einem An-Institut der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Zu den Forschungsschwerpunkten des emeritierten Professors gehört die Frage, wie wirtschaftliches Wissen an allgemeinbildenden Schulen erfolgreich vermittelt werden kann.

Wer diese Fragen nicht beantworten kann, sollte vorsichtig sein, der Schule immer wieder neue Aufgaben zuzuweisen ohne über ihre Realisierungsbedingungen nachzudenken.

Zur ersten Frage: Schule ist eine „Anstalt“ zur Vorbereitung der Kinder und Jugendlichen auf die Bewältigung von gegenwärtigen und zukünftigen Lebenssituationen auf genereller Ebene. Dazu gehört ohne Zweifel die Vermittlung von Kompetenzen für die Auseinandersetzung mit ökonomischen Strukturen und Prozessen.

Als Themenschwerpunkte einer Verbraucherbildung werden immer wieder genannt: Umgang mit Geld, Umgang mit Lebensrisiken (vor allem Versicherungen), Vermögensaufbau und Altersvorsorge, Darlehen und Kredite (einschließlich Ver- und Überschuldung).

Die alleinige Auseinandersetzung mit solchen Themen wäre eine verengte Verbraucherperspektive und mehr Lebensberatung, aber weniger Allgemeinbildung. Im Sinne einer umfassenden ökonomischen Bildung hat eine Ausrichtung auf alle wesentlichen Akteure des Wirtschaftsgeschehens, das heißt auch auf Unternehmen, den

Staat und das Ausland, zu erfolgen und nicht nur auf die privaten Haushalte. Einige Beispiele zum Themenfeld Geld:

Der private Haushalt ist als Konsument und Sparer beziehungsweise Geldanleger beteiligt. Verbraucher treffen zum Beispiel Entscheidungen zur Verwendung von Einkommen für Konsumausgaben, die häufig in Konkurrenz stehen mit Entscheidungen zur Altersvorsorge und Vermögensbildung. Aber die Unternehmen wie Versicherungen und Banken haben bestimmte Interessen bei Finanzgeschäften, die es zu betrachten gilt. Staatliche Behörden sorgen für einen rechtlichen Rahmen zwischen Anbietern und Nachfragern von Finanzmitteln und den Verbraucherschutz. Geldentscheidungen sind nicht unabhängig von internationalen Entwicklungen: Die Zinspolitik der Zentralbanken verändert die Möglichkeiten der Privatanleger.

Geldwissen wird häufig in einer Weise unterrichtet, die Schüler und Eltern veralbert

Das fatale curriculare Ergebnis bei einem eigenen Fach Geld oder Verbraucherbildung ist: Man möchte einerseits berechtigterweise den sogenannten kritischen Verbraucher fördern, beschneidet jedoch die Erkenntnismöglichkeiten einer kritischen Aufklärung, weil das Feld der jeweiligen Akteure im Verhältnis zueinander säuberlich voneinander getrennt wird.

Nur aus einer zusammenhängenden Betrachtung können fundierte Einsichten gewonnen und verbraucherpolitische Entscheidungsebenen identifiziert werden. Die Rolle, die der Jugendliche im Wirtschaftsgeschehen einnehmen wird, ist eben nicht nur die Verbraucherrolle, sondern auch die des künftigen Erwerbstätigen, Unternehmers, Steuerzahlers, des Wirtschaftsbürgers, des Geldanlegers und so weiter.

Leider ist es bildungspolitisch einfach, demonstrativ Lebensnähe mit der Forderung nach einem Fach Geld zu proklamieren und politischen Beifall zu ernten, solange die Realisierungsbedingungen nicht beachtet werden. Der „Fall Naina“ – jener Schülerin aus Köln, die mehr Lebensnähe von der Schule einforderte – ist ein klassisches bildungspolitisches Beispiel, wie es eben nicht geht. Jedes sich bietende Mikrofon wurde seiner-

zeit durch Vertreter der Kultusbürokratie genutzt, Naina in ihrem Wunsch nach mehr Lebensnähe zu unterstützen.

In NRW kämpfte man für ein Fach Verbraucherbildung, lehnte aber ein Fach Wirtschaft ab. Das ist so als ob man in der dritten Etage eines Hauses ein Zimmer einrichten will, aber die Grundlagen dafür mit den ersten beiden Stockwerken noch gar nicht vorhanden sind. Dies könnte sich durch die neue Landesregierung in NRW, die Wirtschaft als Schulfach einführen will, ändern.

Und die unterrichtliche Zeit? Woher kommt diese?

Die gegenwärtig erkennbare Strategie der Bundesländer, affine Inhalte der Verbraucherbildung buchstäblich über alle Fächer wie bei einem Streuselkuchen zu verteilen, wird keinen Erfolg mit sich bringen. Interdisziplinarität ist das beliebte Schlagwort, das fällt, wenn in das bestehende Zeitgerüst von Schulen nicht eingegriffen werden soll. Neue Aufgaben brauchen aber zusätzliche Unterrichtszeit.

In einem nicht genannten Bundesland wurde der Vorschlag für Interdisziplinarität am Beispiel Markt und Geld mit der Empfehlung propagiert, diese Themen könnten im Geschichtsunterricht am Beispiel eines mittelalterlichen Marktes aus dem 15. Jahrhundert aufgezeigt werden. Mit solchen Vorschlägen finden sich Jugendliche und Eltern in gleicher Weise hochgradig veralbert.

Es ist immer gut, fachliche Zusammenhänge miteinander zu vernetzen und über den Tellerrand zu schauen. Aber um über den Tellerrand schauen zu können, braucht man erst einmal einen Teller.

Wer auf diese Weise die Schöpfung eines Gesamtcurriculums für ein Fach Geld erwartet, ermutigt auch Lotteriespieler in der Hoffnung, jede Woche einmal den Hauptpreis für die berühmte lebenslange Rente zu gewinnen. Überspitzt ließe sich solch ein Ansatz als Lotteriedidaktik bezeichnen – das heißt, es besteht zwar eine Gewinnchance für Schüler, praktisch wäre es aber verhängnisvoll, auf der Basis der statistischen Wahrscheinlichkeit eines Lotteriegewinns die private Einkommensverwendung und -erzielung zu gründen.

Es geht also darum, ein Fach Wirtschaft zu fördern, das diese Zusammenhänge durch intelligente Konzepte befördert und nicht um die ausschneidende Behandlung eines Teilaspektes von Wirtschaft und Gesellschaft. Nur eine Fachkonstruktion erlaubt es, Studiengänge an Universitäten zu etablieren und Forschungspotenzial zu entwickeln, sonst verbleibt die Ausbildung auf der Ebene von Nachmittagskursen.

Was ist also zu tun?

- Es sind bundesweite Standards zu entwickeln, welche ökonomischen Kompetenzen Schüler erwerben sollen.
- Es sind Mindestzeitdeputate festzulegen (zum Beispiel in den Jahrgängen fünf bis zehn je zwei Stunden wöchentlich), die gleichzeitig die Möglichkeit eröffnen, gesellschaftliche Herausforderungen konzeptionell zu einem Gesamtkonzept zu integrieren und nicht interessenpolitisch gegeneinander auszuspielen.
- Ausbildung ist zentral: Wir benötigen nicht nur Studiengänge, sondern auch umfassende Fort- und Weiterbildungssysteme. Ohne die seriöse Unterstützung der Lehrerschaft wird die schulische Etablierung der ökonomischen Bildung nicht gelingen.

Niedersachsen ist in diesen Fragen übrigens weiter als die meisten anderen Bundesländer.

Zu Hause in Oldenburg offen für die Welt

Unabhängig, inhabergeführt und kundennah:

Die Investmentboutique LOYS AG ist auf aktives wertorientiertes Aktienfondsmanagement spezialisiert.

LOYs verfügt über eine ausgewiesene, langjährige Anlageexpertise auf den globalen Märkten und eröffnet auch defensiven Anlegern den Zugang zum Aktienmarkt.

Erfahren Sie mehr über unser Aktienfondsportfolio - sprechen Sie mit Ihrem persönlichen Berater oder besuchen Sie uns im Internet unter www.loys.de.



GENUINES INVESTMENT

LOYs Global „Der ausgezeichnete Flaggschiff-Fonds“	LOYs Global MH „Der internationale Aktienfonds mit maximaler Flexibilität“	LOYs Global System „Der internationale Aktienfonds mit institutionellem Charakter“	LOYs Europa System „Der europäische Aktienfonds mit institutionellem Charakter“	LOYs Global L/S „Der defensive Aktienfonds mit Sicherheit“
---	---	---	--	---